

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 12./13./14. Dezember 2021

Am 12., 13. und 14. Dezember 2021 wurde der Rat Landwirtschaft und Fischerei zum letzten Mal unter dem Vorsitz des slowenischen Ministers für Landwirtschaft, Jože Podgoršek, in Brüssel abgehalten. Die Kommission wurde durch Kommissar Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) und Kommissar Virginijus Sinkevičius (Umwelt, Meere und Fischerei) vertreten. Im Vordergrund standen die Fischfangmöglichkeiten 2022 im Nordatlantik, in der Nordsee, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer, der Notfallplan für Ernährungssicherheit in Krisenzeiten sowie die unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette.

Nach langen Verhandlungen erzielte der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine Einigung zu den Fangmöglichkeiten im Mittelmeer und im Schwarzen Meer. Für die Nordsee/Nordatlantik legte der Rat einstimmig nur vorläufige Fangmöglichkeiten bis zum 31.3.2022 fest, da die Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich zum Zeitpunkt des Rates nicht abgeschlossen waren.

Im Rahmen der Ratstagung wurden die von der Europäischen Kommission vorgelegten Schlussfolgerungen zum „Notfallplan zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten“ vom Rat angenommen. Der Plan zielt auf die Vorbereitung auf mögliche künftige Herausforderungen wie etwa Extremwetterereignisse, Pflanzen- und Tierschädlinge oder das Fehlen an wichtigen Produktionsfaktoren wie Düngemitteln, Energie und Arbeitskräften ab. Die Ministerinnen und Minister betonten, dass die COVID Pandemie umso mehr gezeigt hat, wie wichtig diese Initiative ist und hielten die Notwendigkeit des unterbrechungsfreien Verkehrs von Personen, Waren und Kapital auch in Krisenzeiten fest.

Einen weiteren Tagesordnungspunkt bildete die Orientierungsaussprache über unlautere Handelspraktiken in der europäischen Lebensmittelversorgungskette. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken sowie die Maßnahmen zur Umsetzung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Ministerinnen und Minister teilten ihre Erfahrungen zur Umsetzung auf nationaler Ebene sowie die Wirksamkeit der Instrumente, zur Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierte der slowenische Ratsvorsitz über den Stand der Verhandlungen zum Verordnungspaket zur Fischereikontrolle sowie die BIOEAST-Konferenz. Die Konferenz war ebenso Gegenstand einer Erklärung der ungarischen Delegation im Namen der elf BIOEAST-Mitgliedstaaten. Ebenfalls unter „Sonstiges“ ersuchte die Europäische Kommission die Mitgliedsstaaten in ihren Planungen der nationalen Programme für den Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds 2021 - 2027 verstärkt horizontale EU-Prioritäten, wie den Grünen Deal, Resilienz und den digitalen Übergang mit zu berücksichtigen. Weitere Punkte, die von den Mitgliedstaaten angesprochen wurden war eine Studie zu Brustbeinfrakturen bei Legehennen von Dänemark, sowie die Nachhaltigkeit in der Lebensmittelversorgungskette durch die slowakische Delegation. Litauen berichtete über die von den chinesischen Zollbehörden unterbundenen Agrar- und Lebensmittelausfuhren nach China. Die spanische Delegation, unterstützt von mehreren Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, informierte über die steigenden Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Tschechien äußerte sich zu den GAP Strategieplänen und den bereits länger anhaltenden Problemen im Schweinefleischsektor, letzteres fand ebenfalls Unterstützung von Österreich.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Jänner 2022

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin